

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN · Käthe-Kollwitz-Str. 23 · 16540 Hohen Neuendorf

An
die Presse

Kreisverband Oberhavel

Jan Gühne

Kreisgeschäftsführer
Käthe-Kollwitz-Str. 23
16540 Hohen Neuendorf
Tel.: +49 33035407192
Mobil: +49 15258773803
kgf@gruene-ohv.de

Hohen Neuendorf, 28. März 2023

Pressemitteilung

Oberhavel muss die Hilfen für geflüchtete Menschen besser gestalten und die Chancen besser nutzen!

Positionspapier des Kreisvorstandes

In Brandenburg - wie in allen anderen Bundesländern auch - stellt eine durch den Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine verursachte Fluchtbewegung, aber auch eine verstärkte Zuwanderung aus anderen Drittstaaten Land und Kommunen vor besondere Herausforderungen. Sie bietet aber auch große Chancen. Personalmangel in den meisten Bereichen von der Pflege, der Gastronomie, den Kitas, dem produzierenden Gewerbe bis zu den Verwaltungen zeigen, wie dringend dieses Land Zuwanderung braucht. Diese Chancen werden auch in Oberhavel noch nicht ausreichend genutzt.

Das Land hat bereits umfangreiche Anstrengungen unternommen, um die Kommunen zu entlasten. Insbesondere erfolgte eine finanzielle Unterstützung aus Bundes- und Landesmitteln. Dazu gehören u. a. 102, 5 Mio. Euro aus Bundesmitteln für die Jahre 2022 und 2023, 150 Mio. Euro aus dem sogenannten Brandenburg Paket des Landes für 2023 und 2024, 560 Mio. Euro aus Verpflichtungen nach dem Landesaufnahmegesetz für 2023 und 2024 und 12, 4 Mio. Euro aus dem Integrationsbudget für 2023 und 2024.

Die aktuelle Zuwanderung hat die Schwächen der sozialen Infrastruktur besonders deutlich gemacht. Preiswerte Wohnungen, medizinische Versorgung und Kitaplätze fehlen nicht nur für Geflüchtete. Der Landkreis muss diesen Bedarfen jetzt entschlossen entgegenreten. Er bekommt vom Land und vom Bund das Geld dafür, er profitiert von einer gelingenden Integration und einer gut ausgebauten Infrastruktur. Kreisangehörige Städte und Gemeinden sollten geeignete Baugrundstücke für den Bau preiswerter Wohnungen zur Verfügung stellen.

Wir fordern daher jetzt:

- Eine Wohnungsbauinitiative des Landkreises zur Unterbringung Geflüchteter in Wohnungen, die nach einer Übergangszeit an die Städte und Gemeinden als Sozialwohnungen übergeben werden.
- Mehr Personal in der Ausländerbehörde, um Geflüchteten den schnellen und einfachen Zugang in den ersten Arbeitsmarkt zu erleichtern.
- Hauptamtliche Integrationsbeauftragte des Landkreises mit erweiterten Kompetenzen, die dafür sorgen können, die Integration Geflüchteter zu verbessern.
- Mehr Personal für Sozialarbeit an Schule und Kita um den auch durch die Pandemie gestiegenen Anforderungen für Familien besser begegnen zu können.
- Ein kreiseigenes Förderprogramm für Familienzentren in Oberhavel um ein niedrigschwelliges Betreuungs- und Beratungsangebot für Familien in herausfordernden Lebenssituationen zu schaffen.

Bei Fragen wenden Sie sich bitte an Thomas von Gizycki: thomas@vongizycki.de